



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 21

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Mitteilungen

## der Deutschen Volksräte Polens und Westpreußens

Nr. 21

Verantwortlich: Carl Georg Bruns  
Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III  
Fernruf Nr. 321

6. August 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Ziele und Aufgaben der Volksratsbewegung.  
— Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen.

### Materialien zur ostdeutschen Frage

#### Ziele und Aufgaben der Volksratsbewegung

Die Verhältnisse in der Ostmark haben sich seit dem 22. Juni so grundlegend verschoben, daß es angebracht ist, die neuen Probleme, die sich für die Volksräte ergeben haben, grundsätzlich zu erörtern.

Durch das Fehlen eines Zusammenschlusses des Ostmarkendeutschtums, war die politische Entwicklung in den Ostmarken schon lange ungünstig beeinflusst, dieser Mangel drohte aber verhängnisvoll zu werden, nachdem der Zusammenbruch des 9. November eine einheitliche behördliche Führung der Ostmarkenpolitik, hinter die sich das Deutschum hätte stellen können, unmöglich erscheinen ließ. Daraus ergaben sich für die Volksratsbewegung zwei Aufgaben; die Schaffung einer das gesamte Deutschum umfassenden Organisation und durch sie die Gewinnung eines eigenen politischen Verhältnisses zu den Polen. Die erste Aufgabe konnte nur durch den Aufbau der Volksräte auf breiter demokratischer Grundlage gelöst werden. Sie ist in einem Umfange gelöst worden, wie auch großer Optimismus es kaum hätte erwarten können. Die Lösung der zweiten Aufgabe, wurde in gewissem Sinne gerade dadurch erleichtert, daß auf eine harte Führung des Ostmarkendeutschtums durch die Regierung nicht gerechnet werden durfte und daher durch die Notwendigkeit, vom Ostmarkendeutschum aus selbst Richtlinien für eine einheitliche Stellung den Polen gegenüber zu gewinnen, auch solche Kreise zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt wurden, die früher verschiedene politische Ziele verfolgt und nach der Lage der Dinge ihre Durchsetzung weniger in der Ostmark selbst als bei der Regierung zu erreichen versucht hatten. Dazu kam weiter, daß das Wilsonprogramm — es ist das wohl das einzige positive Verdienst, das Wilson sich um uns erworben hat — mit seinem Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in seiner Anwendung auf die Polen mit dazu beitrug, eine Befinnung auf die Eigenartigkeit des Ostmarkenproblems herbeizuführen. Daraus folgte das weitere mit logischer Folgerichtigkeit eigentlich von selbst. Die Gemengelage, in der Deutsche und Polen miteinander wohnen, zwang dazu, einen Weg zu finden, auf dem man zu einem wirklichen Frieden in den Ostmarken kam, es mußte ein deutsch-polnischer Ausgleich erstrebt werden, und die Voraussetzung eines solchen Ausgleiches war wieder, daß Deutsche und Polen in gleichwertigen Organisationen einander gegenüberstanden. Da Erhaltung und Kräftigung des Deutschtums bei alledem oberster Leitsatz war, konnte das Ziel nur sein, den deutsch-polnischen Ausgleich im Rahmen des deutschen Reiches zu erreichen. So ist wohl kein deutscher Volksteil mit größerer Leidenschaftlichkeit dem Gang der Friedensverhandlungen gefolgt, und nirgends ist die

Bereitwilligkeit, die Unversehrtheit des deutschen Reiches mit Gut und Blut zu verteidigen, größer gewesen als in der Ostmark.

Es ist anders gekommen. Das deutsche Reich gab uns preis. Die Art und Weise, wie die deutsche Reichsregierung uns aus dem Reich entließ, ist wohl geeignet gewesen, manche Bande, die uns an unser Mutterland knüpften, zu zerreißen. Aber es ist jetzt nicht an der Zeit, dieses traurigste Kapitel der deutschen Geschichte wieder aufzuschlagen. Daß wir auf uns selbst gestellt waren, diese Erkenntnis begann schon vorher immer stärker bei uns zu werden. Jetzt wissen wir es alle, daß wir ohne fremde Hilfe selbst in die Hand nehmen müssen, was not tut.

Wir gehören nicht mehr zum deutschen Reich. Diese Tatsache ist wohl erheblich genug, eine völlige Revision der Politik der Volksräte herbeizuführen. Und es ist kein Zeichen großer politischer Einsicht, wenn den Volksräten daraus ein Vorwurf zu machen versucht wird, daß sie doch noch vor kurzem so ganz andere Ziele verfolgt hätten als jetzt. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann müssen zunächst einmal alle Tatsachen so genommen werden, wie sie sind, und es darf sich der klare Blick durch irgendwelche Gefühle, mögen sie auch noch so schön und menschlich berechtigt sein, nicht trüben lassen. Wir haben gegen unsere Ausstoßung aus dem deutschen Reich bis zum letzten Augenblick uns gewehrt und sind bereit gewesen, mit den Waffen in der Hand das drohende Geschick abzuwenden. Die Ereignisse sind nicht durch unsere Schuld darüber hinweggegangen. Es heißt jetzt, auf den neuen Tatsachen neu aufzubauen. Die Volkspolitik begann mit dem Ziel des deutsch-polnischen Ausgleichs. Dieses Ziel aufzugeben, sind wir auch jetzt nicht gezwungen. Wir sind dadurch in der Lage, gradliniger als mancher andere auf den einmal beschrittenen Wegen fortzuschreiten. Wir wollten den Ausgleich im Rahmen des deutschen Reiches, wir können ihn jetzt nur erreichen im Rahmen des neuen Polenstaates.

Nun ist es gewiß begreiflich, wenn es manchem Deutschen schwer fällt, sich ohne weiteres auf diesen Standpunkt zu stellen. Es ist deshalb gut, wenn wir einmal mit aller Offenheit erwägen, ob es nicht auch andere Möglichkeiten für uns gibt. Ist es nicht richtiger, die neuen Tatsachen von vornherein nicht anzuerkennen, den Polen den Kampf anzusagen und das gesamte Verhalten des Deutschtums auf ein möglichst baldiges Zurückfallen der Ostmarken an das deutsche Reich einzustellen? Das Mittel zu diesem Zwecke wäre dann, mit allen Kräften die Festigung des polnischen Staates zu verhindern, die destruktiven Elemente, die in ihm reichlich enthalten sind, zu fördern und durch die Herbeiführung des Auseinanderfallens des polnischen Staates der Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit dem Mutterland die Wege zu ebnen. Die Volksräte haben diesen Weg mit voller Klarheit abgelehnt und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ihnen die Erhaltung des Volkstums an erster Stelle steht. Es ist durchaus möglich, daß eine entschlossene deutsche Politik eine innere Erstarkung des Polenstaates verhindern könnte. Aber das könnte nur erreicht werden auf Kosten des Deutschtums. Das wollen wir nicht mitmachen und müssen nun auch ohne Halbheiten bereit sein, uns auf den Boden der Legalität zu stellen und damit an dem Aufbau Polens mitzuarbeiten. Aber da uns unser Volkstum an erster Stelle steht, so tun wir dies nur, soweit wir die Möglichkeit haben werden, in Polen unser Deutschtum zu erhalten und zu entwickeln. Wir wollen Deutsche in Polen sein. Die Folgerungen sind damit klar gegeben.

Was bedeutet deutsch-polnischer Ausgleich unter diesen Verhältnissen? Genau so wie wir eine Germanisierungspolitik abwiesen, so lange unser Ziel die Erhaltung der Ostmarken beim deutschen Reich war, genau so müssen wir jetzt verlangen, daß die Polen von jedem Versuch einer Polonisierung abstehen. Das bedeutet zunächst, daß kein Deutscher wegen der Tatsache seiner Stammeszugehörigkeit in Polen anders behandelt werden darf als der Pole. Es bedeutet aber ein weiteres. Der deutsch-polnische Ausgleich hat zur Voraussetzung, daß Deutschtum und Polentum als gleichberechtigte Faktoren nebeneinander anerkannt

werden, d. h. nicht nur der einzelne Deutsche und der einzelne Pole haben die gleichen Rechte, sondern Deutschtum und Polentum werden als besonders in sich geschlossene Volksteile anerkannt, die in gleicher Weise ihr Volkstum nach seinem inneren Wesen pflegen dürfen. Nur dann werden wir in der Lage sein, loyale polnische Staatsbürger zu sein, wenn Polen uns eine deutsche Gemeinschaftsarbeit vorbehaltlos ermöglicht.

Die Pflege der deutschen Zusammengehörigkeit als kulturmäßige Einheit ist somit die vornehmste Aufgabe des Deutschtums. Diese Aufgabe kann gelöst werden nur von einem einheitlich zusammengeschlossenen Deutschtum. Der polnische Staat kann nicht die Aufgabe einer positiven Förderung deutschen Wesens haben. Seine Aufgabe ist es nur, dafür zu sorgen, daß die Deutschen sich ungehindert der Pflege ihres Wesens widmen können. In erster Linie werden wir Deutschen uns ein eigenes Bildungswesen zu schaffen und zu erhalten haben. Hier genügt es nicht, daß der polnische Staat dem einzelnen Deutschen ein Recht auf Berücksichtigung seiner Sprache zuerkennt, sondern Maß und Art dieser Pflege müssen bestimmt werden von den Deutschen selbst. Dazu ist erforderlich nicht allein eine formelle Anerkennung eines solchen Rechts, sondern es ist nötig, daß die polnische Gesetzgebung auf kulturellem Gebiet sich die Schranken auferlegt, innerhalb derer Konflikte zwischen den deutschen kulturellen Ansprüchen und den Ansprüchen der polnischen Gesetzgebung von vornherein ausgeschlossen sind. Für die deutschen Volksräte, deren Aufgabe es bisher lediglich war, eine einheitliche Vertretung des Deutschtums neben dem Polentum zu schaffen, handelt es sich nunmehr darum, das ganze weite Gebiet deutscher Bildung mit reichem Leben zu erfüllen.

Und weiter, Pflege des Volkstums bedeutet nicht nur Erziehung des einzelnen in Sprache, Sitte und Art seines Volkes, sondern das Volkstum muß eine lebendige, höhere gesellschaftliche Einheit darstellen. So muß der Zusammenhang der Deutschen untereinander auf jedem Gebiete gepflegt werden. Unser Ziel muß sein, eine einzige große Familie zu bilden, in der jeder den andern fördert und stützt. Die Aufgaben, die daraus erwachsen, lassen sich im einzelnen nicht aufzählen. Leitsatz muß sein, daß es nichts geben darf, was der polnische Staatsbürger deutscher Stammesangehörigkeit nicht als Deutscher tun darf. Erreichen wir das, wird man uns die Möglichkeit geben, in jeder Hinsicht als Deutsche zu leben, dann werden auch die Polen einsehen, daß sie sich damit in ihrem Staatswesen eine starke Kraftquelle schaffen. Der deutsch-polnische Ausgleich wird dann nicht nur eine gesetzmäßige Form sein, sondern er wird das Wort werden, das den tatsächlichen Zustand friedlichen Zusammenlebens der beiden Nationalitäten am besten kennzeichnet. Wir verkennen die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Ziel in den Weg stellen, nicht. Auf beiden Seiten gibt es zu viel Erinnerungen, und auf beiden Seiten sind zu viel tatsächliche Verschiedenheiten der Charakteranlage vorhanden, als daß nicht immer wieder ein Gegensatz zwischen Deutschen und Polen in die Erscheinung treten könnte. Aber wir müssen uns doch alle darüber klar sein, daß die Lage in den Ostmarken den deutsch-polnischen Ausgleich zu einer einfachen Notwendigkeit macht. Ausgleich oder Kampf mit dem Ziel der Vernichtung des anderen Teiles, das ist die Alternative, vor der wir stehen. Wir glauben den Polen, daß sie die zweite Alternative nicht wählen wollen. Dann müssen wir aber auch verlangen, daß sie die erste Alternative mit voller Konsequenz ergreifen. Darüber jedenfalls darf von Anfang an ein Zweifel nicht bestehen. Versagt man uns das Recht, als Deutsche in deutscher Gemeinschaft zu leben, dann hat es mit der Loyalität ein Ende. Schwierigkeiten werden sich ergeben auch beim besten Willen beider Teile. Gelöst werden können sie im deutschen Interesse nur, wenn die Deutschen einheitlich zusammenstehen und bereit sind, gemeinsam für die Rechte jedes einzelnen und ihrer Gemeinschaft einzutreten. Ziele und Aufgaben der Volksratsbewegung sind damit eindeutig umrissen: Pflege deutschen Wesens in deutscher Gemeinschaft, Festigung der Stellung des Deutschtums im polnischen Staat, die dem Deutschtum seiner inneren Bedeutung nach zukommt und damit auch Mitarbeit am polnischen Staat.

## Aus den Deutschen Volksräten

### Neue Richtlinien zur Gründung Deutscher Kreisvolksräte.

Zweck der Deutschen Volksräte.

1. Begründung des sozialen Friedens unter den Deutschen,
2. Kulturelle und wirtschaftliche Förderung der Deutschen im Rahmen des polnischen Staates.

Kein Mittel ist unberührt gelassen, auf das angestrengteste ist gearbeitet worden, die Ostmark beim Deutschen Reich zu erhalten. Die Übermacht der Entente und die trostlose innere Lage des Reiches waren entscheidender als der Wille der Ostmark. Die deutsche Ostmark mit ihren vier Millionen Deutschen ist dem polnischen Reiche einverleibt. Das darf für die Deutschen nicht heißen: Ihr müßt Polen werden! Im Gegenteil, Euer Deutschtum werdet Ihr auch unter den veränderten Verhältnissen bewahren, wenn Ihr es in Eurem Herzen unverrückbar festhaltet, Eure kulturellen Kräfte in einer festen deutschen Organisation sammelt und Eure deutsche Gesinnung mutig bekennt, wenn auch ohne Herausforderung.

Der Deutsche Volksrat ist die Vereinigung aller Deutschen und die polnische Regierung hat ihn als solche anerkannt. Allein durch den Deutschen Volksrat könnt Ihr also in Zukunft Eure berechtigten Interessen nachdrücklich vertreten. Je vollzähliger die Deutschen dem Deutschen Volksrate beitreten, desto tatkräftiger können dessen Führer für Eure und damit alle deutschen Rechte eintreten.

Was ist und was will also der Deutsche Volksrat?

1. Er ist keine Kampforganisation gegen die Polen, er will vielmehr einen friedlichen Ausgleich zwischen deutschen und polnischen Mitbürgern schaffen, weil Deutsche und Polen in Zukunft aufeinander angewiesen sind.
2. Er will unter den Deutschen unbedingt geschlossene Einigkeit, sozialen Frieden, Ausgleich aller politischen, konfessionellen und Standesunterschiede im Hinblick

auf die gemeinsamen deutschen Interessen von Mann und Weib herstellen.

3. Er will die Deutschen kulturell und wirtschaftlich fördern, ihre deutsche Art und deutsches Wesen wacherhalten, namentlich auch den Sinn für deutsches Heim und deutsche Familie schärfen.
4. Er will die berechtigten gemeinsamen Interessen der Deutschen bei den polnischen Behörden durchsetzen und die polnischen Behörden in förderlichen Maßnahmen für die Deutschen durch Rat und Tat unterstützen.
5. Er will auf eine deutsche Vertretung in dem Landesparlament hinwirken und den Zusammenschluß der Deutschen für die Wahlen zum Landtag und anderen Körperschaften nachdrücklich fördern.
6. Der Deutsche Volksrat will durch den Zusammenschluß sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen der Deutschen ihre wirtschaftliche Festigung und durch Inanspruchnahme und Ausbau der kulturellen Selbstverwaltung ihre kulturelle Hebung sichern.

Der Deutsche Volksrat will alle deutschen Männer und Frauen in eine große Familie zusammenschließen, er will den Kastengeist vertreiben und will unserem Volksstamm sich unter den neuen Verhältnissen gedeihliche Lebensbedingungen schaffen. Solches Ziel ist nur erreichbar nach Überbrückung aller Hindernisse, die sich trennend zwischen die einzelnen Schichten des deutschen Volkes geschoben haben. Darum keine Sozialisterei, kein Antisemitismus, keine konfessionellen und parteilichen Gegensätze, keine Betonung des Trennenden, sondern stete Hervorhebung aller derjenigen Lebensäußerungen, die uns als Deutsche verbinden.

Der Deutsche Volksrat.

Alle deutschen Männer und Frauen über achtzehn Jahre ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Parteien und Stände treten zur Deutschen Vereinigung zusammen.

In ländlichen Bezirken schließen sich Ortschaften, die zusammen 150 bis 250 Familien

zählen, gruppenweise zusammen. Größere Städte, wie Bromberg, Thorn, Graudenz, teile man in entsprechende Bezirke.

Ist die Vereinigung der Deutschen eines Bezirks oder Ortes erfolgt, so wird zur Wahl des Volksrates dieser Vereinigung geschritten. Es werden je nach der Größe dieser Vereinigung drei und mehr Volksratsmitglieder gewählt, und zwar möglichst aus allen Berufen.

Auf dem Lande wählt man Vertreter des bäuerlichen und großen Grundbesitzes, landwirtschaftliche Arbeiter, Gewerbetreibende und Lehrer oder Pfarrer, sowie Beamte und Angestellte.

In der Stadt müssen vertreten sein: Der Kaufmann und Industrielle, der kleine Gewerbetreibende, die freien Berufe, alle Kategorien der Beamtschaft und der Angestellten, der Handwerker, der Arbeiter und der Heeresangehörigen. Nach vollzogener Wahl des Volksrates entfernen sich die Erschienenen bis auf die Gewählten. Diese wählen nun aus ihrer Mitte einen Obmann, derselbe ist gleichzeitig Kreisdelegierter, außerdem werden je nach der Größe der Bezirke ein bis zwei weitere Kreisdelegierte gewählt.

Diese Kreisdelegierten bilden den Kreisvolksrat. Die Verhandlungen des Kreisvolksrats sind öffentlich. Sobald es der Fortschritt der Organisation im Kreise gestattet, versammeln sich die Kreisdelegierten und wählen sich einen Obmann und elf Mitglieder, die zusammen den Arbeitsausschuß bilden. Den Mitgliedern des Ausschusses sollen Reisekosten und Aufwendungen ersetzt werden.

Der Kreisvolksrat unterhält ein ständiges Bureau, das von einem Geschäftsführer verwaltet wird, der nach Möglichkeit besoldet ist. Es ist zu erstreben, einen Geschäftsführer im Hauptamt anzustellen.

Zur Schaffung eines Kreisvermögens zählt grundsätzlich die ländliche Bevölkerung 0,50 Mark pro Morgen, Gewerbetreibende, Beamte, Arbeiter einen entsprechenden Teil ihres Einkommens als einmaligen Beitrag. Für nicht im Erwerb stehende Familienmitglieder braucht ein Beitrag nicht erhoben zu werden. Die Beiträge werden auf ein Konto des Deutschen Volksrats des Stadt-

oder Landkreises eingezahlt und bleiben der Verwendung für die Bedürfnisse des Kreises vorbehalten. Ihre Verwaltung erfolgt durch den Kreisvolksrat gemeinsam mit einem „Kassenbeigeordneten“ der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung.

Alle Anfragen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung Bromberg, Welkienplatz 1, III, Fernspr. 321.

### „Wir wollen endlich in Frieden miteinander leben“.

Die von dem Deutschen Volksrat Neuenburg (Vpr.) am 14. Juli abgehaltene öffentliche Volksversammlung war von Deutschen und Polen außerordentlich stark besucht. Charakteristisch für die bisherige gute Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Volksräten war die Tatsache, daß der Vertreter der „Nada Lubowa“ an dem Vorstandstisch des Deutschen Volksrates der Versammlung beiwohnte. Nach Begrüßungsworten des Obmanns, Herrn Apothekenbesitzer Tietz, richtete auch Herr Wiecki als Obmann des Polnischen Volksrates an die polnischen Teilnehmer der Versammlung einige Worte. Herr Ruffmann-Bromberg sprach sodann über die politische Lage, Herr Hygealdirektor Treut über die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses der Deutschen in den Volksräten und über die für Deutsche und Polen dieser Gebiete gemeinsamen Interessen gegenüber Kongreßpolen und Galizien. In der Aussprache nahm Herr Wiecki vom Polnischen Volksrat das Wort und führte als Antwort auf die Ausführungen der beiden Redner, die ungeteilten Beifall gefunden hatten, folgendes aus:

„Vor kurzer Zeit haben wir uns zusammengeschlossen mit den Vertretern der Deutschen Volksräte und mit ihnen zusammen beraten. Wir begreifen die Stimmung der Deutschen, weil wir selbst unter fremder Herrschaft waren, und ihren Kummer verstehen wir sehr wohl. In den letzten Monaten haben sich Deutsche Volksräte gebildet. Das war gut, denn die Deutschen müssen zugeben, daß Verbände wie die Vaterlandspartei den Deutschen nichts nutzten, sondern ihnen nur schaden. Die Idee der Deutschen Volksräte erkennen wir dagegen an. Wir begrüßen es,

daß an der Spitze der Deutschen Volksräte ein Mann wie Herr Kleinow steht. Es gab in Westpreußen Volksräte, die wir nicht als berechtigt und verhandlungsfähig bezeichnen konnten, da sie nicht richtig zusammengesetzt waren und daher nicht den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten. Mit den Deutschen Volksräten aber, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind, wollen wir gerne zusammengehen.

Wir Polen haben nun unsere nationalen Rechte und wünschen, daß dieselben Rechte auch unseren deutschen Mitbürgern zuteil werden. Die polnische Regierung darf keine Ausnahmegeetze gegen die Deutschen machen, sonst stehen wir dagegen auf und lassen das nicht zu. Wir wollen nicht, daß gegen sie die Politik der früheren preußischen Regierung uns gegenüber angewandt wird, die namentlich in den letzten Jahrzehnten Gewaltpolitik gewesen ist. Wenn die preußische Regierung nach den Grundsätzen der Gleichheit gearbeitet hätte, dann stände es besser um uns Polen und Deutsche. Ungeschmälert sollen die Rechte der Deutschen sein. Wir müssen uns zusammenfinden im Frieden, wie wir uns auf den Schlachtfeldern zusammengefunden und gemeinsam in Russisch-Polen gekämpft haben. Der Deutsche soll im neuen Staate als Deutscher leben und sterben, der Pole als Pole. Diesen Grundgedanken wollen wir festhalten. Wir werden es keinem Deutschen verdenken, wenn er seiner Art, seiner Gesinnung und seiner Sitte treu bleibt, ja, wir müßten denjenigen Deutschen mit Verachtung strafen, der sagt: „Ich bin ein Pole“, denn das ist ein Ver-

räter an seinem Volk. Und solche Leute können wir in unserm Staate nicht achten. Der Deutsche soll sich nur den polnischen Gesetzen fügen und friedlich mit uns am Aufbau des polnischen Staates mitarbeiten. Dann darf ihm nichts geschehen. Seine deutsche Seele aber soll er sich bewahren, wie wir unsere polnische Seele 147 Jahre lang bewahrt haben.

Ich betone zum Schluß nochmals ausdrücklich und will von unserer Seite nochmals feststellen:

Wir verlangen von unserer polnischen Regierung gleiches Recht für alle Bewohner und — mit erhobener Stimme — wir werden mit allen Mitteln dagegen auftreten, wenn sie der deutschen Bevölkerung dieses Recht nicht gewähren sollte.

Wir bitten die Herren von der Deutschen Vereinigung in Bromberg, daß Herr Geheimrat Kleinow veranlaßt, daß alle Deutschen Volksräte so eingerichtet werden, wie es uns durch die Herren Redner heute vorgetragen worden ist. Denn so ist es recht und gut, und dann werden wir auch das Vertrauen zu den Deutschen haben, daß sie den Willen haben, zusammen mit den polnischen Volksräten für das Wohl der ganzen Bevölkerung zu sorgen. Dafür wären wir Herrn Geheimrat Kleinow sehr dankbar. Denn Blut ist doch schon genug geflossen. Wir wollen endlich in Frieden miteinander leben.“

Die Versammlung zeigt den Weg, der zum Frieden führt. Und sie zeigt besonders, daß dieser Weg nur von einem einheitlich zusammengeschlossenen Deutschtum mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden kann.

## Pressstimmen

### Polnische Presse

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 160 vom 15. Juli 1919.

#### Um unser Verhältnis zu den Deutschen.

Infolge des Aufrufes des O. P. B.-Kommissariates und der Bemerkungen, die diesem Aufruf hinzugefügt wurden, sind bei unserer Allgemeinheit verschiedene Zweifel entstanden, denen wir in unserer Zeitschrift

gern Ausdruck zu geben wünschen. Sachliche Bemerkungen, die nicht reizen und beunruhigen, können beitragen zur Klärung unseres Verhältnisses zu den Deutschen und unsere Politik auf ein Geis bringen, auf welchem wir bei dem Aufbau unseres Staates uns weiterbewegen müssen. Die größten Zweifel beziehen sich auf die Beamten, die sich auf dem Gebiete der gegenpolnischen Politik ausgezeichnet haben, sowie auf die

Kolonisten neuerer Zeit, besonders diejenigen, die auf dem enteigneten polnischen Lande (Boden) angestiedelt worden sind. Diese Angelegenheiten sollen durch einen besonderen Vertrag zwischen der polnischen Regierung und der Entente geregelt werden. Es ist jedoch gut, daß die polnische öffentliche Meinung sich in dieser Hinsicht ausspricht. Der Ausdruck dieser Meinung ist in nachstehender Korrespondenz enthalten:

Es gibt unter der polnischen Allgemeinheit keinen Meinungsunterschied darüber, daß im polnischen Staate unsere deutschen Mitbürger keine Zurücksetzung erleiden dürfen und auch nicht erleiden sollen. Es hat niemand von uns daran gedacht, daß gegenüber Leuten anderer Nationalität in Wiederbergeltung früher erlittenen Unrechts die Politik der Entnationalisierung geübt werden soll! Von dieser für uns ganz klaren Angelegenheit muß man die an die Unterdrückung der Schwächeren durch die Stärkeren gewöhnten Deutschen erst überzeugen.

Aus diesem Grunde sind auch die von den polnischen und deutschen Bromberger Volksräten unternommenen Schritte, sowie der Aufruf des Kommissariates des O. P. B. an die Mitbürger deutscher Nationalität mit lebhafter Befriedigung zu begrüßen. Aber beim Lesen dieses Aufrufes und des Communiqués der vorstehend genannten Volksräte entstehen gewisse Zweifel.

So versicherten die früheren Aufrufe des Kommissariates, daß die polnische Regierung die früheren deutschen Beamten annehmen werde, sofern sie nicht feindlich gegen die polnische Bevölkerung aufgetreten sind. In dem letzten Aufruf ist aber dieser notwendige Vorbehalt ausgelassen. Sollte dies bedeuten, daß das Kommissariat seine Meinung geändert hat und alle Beamten ohne Ausnahme behalten will? Also auch diejenigen, welche für die Enteignung stimmten und ihre hauptsächlichsten Anhänger waren. Und auch diese, die vor der Welt unser Volk beschimpften und es fast mit den wilden afrikanischen Stämmen gleichstellten! Ferner auch diejenigen, die durch ihre gemeinen Angebereien die polnische Bevölkerung ins Gefängnis stürzten!

Das kann doch nicht sein. Eine solche Beleidigung kann man der polnischen Bevölkerung nicht zufügen, daß ihre Fenster und Bedrücker auf ihren oft sogar hohen Posten weiter verbleiben. Unser Volk hat und wird kein Verständnis für eine derartige Rücksichtnahme haben.

Kein vernünftiger Mensch wird es einem deutschen Beamten verübeln, daß er sein deutsches Vaterland liebt und daß ihm schwer ist, sich mit dessen Verlust abzufinden. Dafür allein ginge es nicht an, ihn seiner Stellung zu entheben. Diejenigen aber, die als Beamten das polnische Volk ausröten wollten und sich seinem Gedächtnis schmerzlich eingeprägt haben, weiter zu behalten, das übersteigt alle berechtigten Forderungen. Auch die ehrlichen Deutschen müssen selbst zugeben, daß man von uns nicht verlangen kann, wir sollten auch im polnischen Staate diejenigen, die uns von ganzer Seele haßten, auch weiter über uns haben. Wir wünschen nicht ihnen unrecht zu tun, wir wollen uns nicht an ihnen rächen. Man könnte sogar einverstanden sein, ihnen irgend eine Entschädigung zukommen zu lassen, daß sie nicht sagen können, Polen habe ihnen unrecht getan, aber fort mit diesen verbissenen Feinden des Bolentums! Die neue Regierung in Preußen und Deutschland entfernt ja doch auch peinlichst die Anhänger des früheren Systems von ihren Posten. Was sollte also Polen bewegen anders aufzutreten mit denjenigen, die ihre Kinder quälten? Die deutschen Drohungen? Das ist eine miserable Politik, die mit Drohungen rechnet.

Es ist auch eine gewisse Verwunderung in den polnischen Kreisen hervorgerufen, daß die polnischen Volksräte gemeinsam mit den deutschen noch größere Zugeständnisse für die Deutschen erhandeln wollen, als das Kommissariat solche vorzieht, und als sie der Friedensvertrag zuerkennt. Das gemeinsame Communiqué spricht nämlich über das Weiterverbleiben der 1908 angestiedelten Bauern, Beamten und anderer Bevölkerungsschichten. Das heißt, daß auch jene Deutschen, die nach 1908 in unseren Gegenden ansässig geworden sind, von obenherein gegen alle Friedensvorschriften die polnische Staatsangehörigkeit

erhalten und dadurch das Recht haben sollen, im Lande zu verbleiben.

Ein solches Zugeständnis geht entschieden zu weit. Für Polen können daraus große Schäden entstehen.

Man könnte das schließlich machen, aber nur in dem Falle, wenn uns seitens des westlichen Nachbarn keine Gefahr drohen würde. Indessen, wie steht es mit der Lage des von den Toten auferstandenen Polens?

Die Deutschen haben nur gezwungen den Frieden unterschrieben und ihr Einverständnis mit der Herausgabe der geraubten polnischen Ländereien erklärt. Sie haben dies aber mit dem stillen Vorbehalt getan, daß sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Hand danach ausstrecken werden, was sie abtreten mußten. Man konnte dies deutlich in den Erklärungen der Regierung, aus ihren Versicherungen, daß niemand dem deutschen Volke die unter fremde Herrschaft hinübergehenden Landsleute aus dem Herzen reißen könne, lesen. Die offiziellen und nichtoffiziellen Kreise trösteten sich, daß ein Augenblick kommen wird, wo sie „das kerndeutsche Land“ zurückerobert werden.

Was die Absicht der Deutschen in der Zukunft betrifft, kann es also keinen Zweifel geben. Welche Maßnahmen wird nun Polen demgegenüber treffen?

Das mächtige Frankreich fühlt sich auch weiterhin, nachdem es mit Hilfe seiner Verbündeten die Deutschen geschlagen hat, nicht sicher und macht besondere Verträge mit England und Amerika zu seinem Schutze. Bei uns sehen die Deutschen in ihren Landsleuten vorgeschobene Posten, die ihnen erleichtern sollen, das Land zurückzubekommen. Deshalb hat man der hiesigen deutschen Bevölkerung seitens verantwortlicher Stellen die Parole gegeben, die polnischen Gebiete nicht zu verlassen, um die deutsche Bevölkerungszahl dadurch nicht zu verringern.

Und wir, wir sollten diese deutschen Bestrebungen unterstützen, indem wir allen Deutschen, die nach dem Jahre 1908 hier ange siedelt wurden, die polnische Staatsangehörigkeit geben und sie im Lande behalten? Wir sollten unvorsichtigerweise den feindlichen Überfall auf unser Vaterland erleichtern?

Der Artikel meint dann weiter, man hoffe, daß die deutschen Mitbürger zufriedene Untertanen des polnischen Staates werden würden. Wer garantiere aber dafür, daß sie nicht im Falle von Verwickelungen sich für ihr früheres Vaterland erklärten, besonders wenn sie hier erst frisch ansässig geworden seien. Aber auch aus einem anderen Grunde müsse man eine ablehnende Stellung einnehmen. Die Kolonisten seien nur deshalb hierher gekommen, um die polnische Bevölkerung auszurotten. Es sei unmöglich, daß die Polen nicht die Gelegenheit ergriffen, dieses fürchterliche Unrecht, welches ihnen zugefügt sei, wieder gut zu machen. Soweit, wie die französische Regierung in Elsaß-Lothringen gegangen sei, wollten die Polen ja nicht gehen. Sie seien nicht für eine rücksichtslose Anwendung der Vorschriften des Friedensvertrages. So würde es sich aus Menschlichkeitsrücksichten empfehlen, einen Unterschied zu machen zwischen denen, die nur infolge von Familienverhältnissen, Verdienstmöglichkeiten usw. in die Ostmarken gekommen und denen, die wie die Kolonisten und Beamten von der preussischen Regierung zu Germanisationszwecken geschickt seien.

Zum Schluß erklärt der Artikel, daß weder die Warschauer Regierung noch das Posener Kommissariat irgendwelche Versprechungen geben könne, da in dieser Hinsicht nur allein der polnische Landtag entscheidend sei.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 162 vom 17. Juli 1919.

#### Die Unterzeichnung des Vertrages.

Herr Präsident Paderewski hat den Vertrag unterschrieben, welcher die nationalen Minderheiten betrifft. Der ganze Wortlaut ist, wie wir erfahren, im polnischen Ministerium des Innern noch nicht bekannt. Man weiß nur, daß der anfängliche Wortlaut großen Veränderungen im Sinne unserer Forderungen unterlegen ist. In diesen Vertrag ist auch ein Absatz über das Recht der verbündeten Mächte zur Schifffahrt auf der Weichsel eingeschaltet. Am 18. ds. Mts. nach der Rückkehr Paderewskis wird der Friedensvertrag dem polnischen Landtag zur Bestätigung vorgelegt werden.